



**FREIHEIT FÜR  
OMAR RADI**

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



**GERECHTIGKEIT FÜR  
LEONARD PELTIER**

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**





# MACH MIT!

Dieses kleine Mach-mit-Heft enthält Postkarten gegen das Vergessen, eine Sammel-Petition, die Dokumentation unserer Erfolge, Fälle zum Dranbleiben und Hinweise auf laufende Kampagnen.

Falls die Postkarten gegen das Vergessen, die den Außenumschlag des Heftchens bilden, schon abgenommen sind, finden Sie diese auch unter

[www.amnesty-augsburg.de/mach-mit-heft](http://www.amnesty-augsburg.de/mach-mit-heft)

[www.amnesty-suedbaden.de/mach-mit-heft](http://www.amnesty-suedbaden.de/mach-mit-heft)



Jeder Mensch kann mithelfen die Situation der Menschenrechte global zu verbessern. Der einfachste Einstieg dazu ist diese Broschüre, die alle Mitglieder der daran beteiligten Bezirke von Amnesty International in Deutschland regelmäßig erhalten.

Wenn auch Sie Lust haben, sich an unseren weltweiten Appellen und Petitionen zu beteiligen, werden Sie einfach Mitglied bei uns. Wie Sie uns finden, erfahren Sie auf der letzten Seite dieses Heftchens.

Vielen Dank fürs Mitmachen!

BITTE MIT  
0,95 EURO  
FREIMACHEN

© Amnesty International, Dezember 2021. Foto Vorderseite: Fanny Hedemmo

Justizminister  
Adellatif Ouahabi  
Place Mamounia - Mailbox 1015  
10070 Rabat  
  
MAROKKO

BITTE MIT  
0,95 EURO  
FREIMACHEN

© Amnesty International, Dezember 2021. Foto Vorderseite: Jeffrey Scott

President  
Joseph Biden  
1600 Pennsylvania Avenue NW  
Washington, DC 20500  
  
USA / by Airmail

## EXZELLENZ,

wie ich von der weltweit tätigen Menschenrechtsorganisation Amnesty International erfahren habe, verbüßt der marokkanische Journalist und Regierungskritiker – Omar Radi – derzeit eine sechsjährige Gefängnisstrafe, zu der er im Juli 2021 wegen „Gefährdung der Staatssicherheit“ und „Vergewaltigung“ verurteilt worden war. Damals befand er sich bereits seit fast einem Jahr in Untersuchungshaft, und der Prozess verstieß gegen sein Recht auf ein faires Verfahren.

Die Behörden schikanierten Omar Radi, seit Amnesty International im Juni 2020 einen Bericht veröffentlichte, der offenlegte, dass die Behörden das Telefon des Journalisten rechtswidrig abhörten. Omar Radi kritisiert offen die Menschenrechtsbilanz der Regierung und recherchiert zu behördlicher Korruption.

**Ich fordere Sie auf, dafür zu sorgen, dass Omar Radi vom Vorwurf der „Gefährdung der Staatssicherheit“ freigesprochen wird, da er sich auf die legitime Ausübung seiner journalistischen Tätigkeit bezieht. Ich bitte Sie außerdem sicherzustellen, dass der Journalist ein faires Neuverfahren erhält.**

Hochachtungsvoll

\_\_\_\_\_  
DATUM, UNTERSCHRIFT

\_\_\_\_\_  
NAME, VORNAME

\_\_\_\_\_  
LAND

## DEAR MR. PRESIDENT,

I have learned from the global human rights organization Amnesty International, that – Leonard Peltier – a member of the Anishinabe Lakota, has been serving two life sentences for nearly five decades for the murder of two FBI agents in June 1975. Amnesty International has studied the case intensively over many years and continues to believe that the judicial process that led to his conviction may not have met international fair trial standards and was influenced by political factors.

In the more than 40 years that the indigenous activist has spent in prison, he has always maintained his innocence. He has chronic health problems, and his health is steadily deteriorating. His last application for parole was rejected by the U.S. Parole Board in 2009. Amnesty estimates that he will not be eligible for parole again until 2024. Since all available legal means have been exhausted and Leonard Peltier has now spent more than 40 years in prison, I believe that the U.S. authorities should order his release on humanitarian grounds.

**I therefore respectfully request that you pardon Leonard Peltier and order his release on humanitarian grounds.**

Sincerely,

\_\_\_\_\_  
DATUM, UNTERSCHRIFT

\_\_\_\_\_  
NAME, VORNAME

\_\_\_\_\_  
LAND

## MAROKKO

### OMAR RADI

Der marokkanische Journalist und Regierungskritiker Omar Radi verbüßt derzeit eine sechsjährige Gefängnisstrafe, zu der ihn ein Gericht im Juli 2021 wegen „Gefährdung der Staatssicherheit“ und „Vergewaltigung“ verurteilte. Damals befand er sich bereits seit fast einem Jahr in Untersuchungshaft, und der Prozess verstieß gegen sein Recht auf ein faires Verfahren.

Der einzige Zeuge in diesem Fall, der Journalist Imad Stitou, wurde später wegen Beihilfe zur Vergewaltigung angeklagt und erhielt eine sechsmonatige Bewährungsstrafe.

Die Behörden schikanierten Omar Radi, seit Amnesty International im Juni 2020 einen Bericht veröffentlichte, der offenlegte, dass die Behörden das Telefon des Journalisten rechtswidrig abhörten.

Omar Radi kritisierte offen die Menschenrechtsbilanz der Regierung und recherchierte zu behördlicher Korruption.

## USA

### LEONARD PELTIER

Leonard Peltier, ein indigener Aktivist, verbüßt seit fast fünf Jahrzehnten wegen der Ermordung zweier FBI-Agenten im Juni 1975 zwei lebenslange Haftstrafen.

Amnesty International hat den Fall über viele Jahre hinweg eingehend untersucht und ist nach wie vor der Auffassung, dass das Gerichtsverfahren, das zu seiner Verurteilung führte, möglicherweise nicht den internationalen Standards für faire Verfahren entsprochen hat und von politischen Faktoren beeinflusst wurde.

In den mehr als 40 Jahren, die Leonard Peltier im Gefängnis verbracht hat, hat er stets seine Unschuld beteuert. Er hat chronische Gesundheitsprobleme, und sein Gesundheitszustand verschlechtert sich stetig. Sein letzter Antrag auf Haftentlassung auf Bewährung wurde 2009 vom US-Bewährungsausschuss abgelehnt.

Amnesty geht davon aus, dass er erst im Jahr 2024 wieder für eine Entlassung auf Bewährung in Betracht kommt.

Da alle verfügbaren Rechtsmittel ausgeschöpft sind und Leonard Peltier inzwischen mehr als 40 Jahre im Gefängnis verbracht hat, fordert Amnesty seine Freilassung aus humanitären Gründen.

## CHINA

### HAYRIGUL NIYAZ

Stell dir vor, du würdest in einem Internierungslager festgehalten oder zu einer langen Haftstrafe verurteilt, nur weil du ins Ausland gereist bist, einen Koran besitzt oder weil du WhatsApp auf deinem Telefon hast. Das ist die Realität für schätzungsweise mehr als eine Million Angehörige mehrheitlich muslimischer Bevölkerungsgruppen, die seit 2017 in der Uigurischen Autonomen Region Xinjiang inhaftiert wurden.

Eine von ihnen ist Hayrigul Niyaz. Nach ihrem Studium in der Türkei zog sie zurück nach China, um ein Reisebüro zu eröffnen. Doch 2017 nahm dieser Traum ein jähes Ende. Die heute 35-Jährige wurde ohne offizielle Begründung von den chinesischen Behörden festgenommen. Ihr mittlerweile in Deutschland lebender Bruder vermutet, dass sie sich im Internierungslager oder im Gefängnis befindet, weil sie ins Ausland gereist ist und dort studiert hat. Hayrigul hat keinen Zugang zu einem Rechtsbeistand ihrer Wahl oder Kontakt zu ihrer Familie.

Hayrigul Niyaz und ihre Familie sind Uiguren, eine der ethnischen Gruppierungen, die unter dem Deckmantel der „Terrorismusbekämpfung“ und des Vorgehens gegen „religiösen Extremismus“ in Xinjiang willkürlichen Inhaftierungen und systematischen Misshandlungen ausgesetzt sind.

## MALAYSIA

### HOO YEW WAH

Hoo Yew Wah wurde im Alter von 20 Jahren in Malaysia wegen Drogenbesitzes festgenommen und eingesperrt. Seit seiner Verurteilung sitzt er im Todestrakt, wo er über seine Kindheit in einer benachteiligten Gemeinde geschrieben hat; mit 11 Jahren hat er die Schule verlassen und später als Straßenkoch gearbeitet. Er versteht, dass seine Entscheidungen in der Vergangenheit falsch waren.

Das Leben von Hoo Yew Wah hängt in der Schwebe. Sein Gnadengesuch liegt seit 2014 beim Sultan von Johor und bleibt unbeantwortet. Im Juli 2018 kündigten die malaysischen Behörden eine Überprüfung der Todesstrafengesetze des Landes an. Dies ist eine echte Perspektive für Hoo Yew Wah, eine zweite Chance zu bekommen.

Helfen Sie Hoo Yew Wah und senden Sie die Postkarte ab, um Hoo Yew Wahs Todesstrafe auszusetzen.

# USA MÜSSEN ANKLAGE GEGEN JULIAN ASSANGE FALLEN LASSEN

Die Behörden in den USA müssen endlich alle Anklagepunkte gegen Julian Assange fallen lassen, die sich auf seine Arbeit mit WikiLeaks beziehen. Die USA haben Assange jahrelang unnachgiebig verfolgt – das ist ein Angriff auf das Recht auf freie Meinungsäußerung!

Julian Assange wird derzeit wegen eines Auslieferungsantrags der USA in Belmarsh, einem Hochsicherheitsgefängnis in Großbritannien, festgehalten. Die USA verlangen seine Auslieferung, weil er auf seiner Plattform WikiLeaks Dokumente veröffentlicht hat, die Handlungen des US-Militärs aufdeckten, die möglicherweise Kriegsverbrechen darstellen. Amnesty International lehnt eine Auslieferung – und jede andere Form der Überstellung – von Julian Assange an die USA entschieden ab. Dort drohen

ihm schwere Menschenrechtsverletzungen, wie Folter und andere Misshandlungen (wie zum Beispiel lang andauernde Einzelhaft).

Julian Assange war das Ziel einer negativen öffentlichen Kampagne von US-Beamten auf höchster Ebene. Dadurch wurde sein Recht auf Unschuldsvermutung untergraben. Ihm droht daher ein unfaires Gerichtsverfahren. Julian Assanges Veröffentlichung enthüllter Dokumente auf Wikileaks darf nicht bestraft

werden, da dies ein alltägliches Vorgehen im investigativen Journalismus ist. Eine Anklage gegen Julian Assange könnte andere Journalist\_innen davon abhalten, ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wahrzunehmen.



Julian Assange. © David G Silvers



Illustration eines Internierungslagers in der Autonomen Uigurischen Region Xinjiang in China: Gefangenen werden von bewaffneten Wachen umringt. © Molly Crabapple

In der Autonomen Uigurischen Region Xinjiang in China wurden in den vergangenen Jahren hunderttausende Angehörige muslimischer Minderheiten inhaftiert und gefoltert. Millionen Muslime werden außerdem systematisch überwacht. Amnesty International hat mit mehr als 50 ehemaligen Lagerinsassen über ihre Haftbedingungen gesprochen. Auf Grundlage des neuen Berichts „Like We Were Enemies in a War“ fordert die Menschenrechtsorganisation die Schließung dieser Lager und appelliert an die internationale Gemeinschaft, geschlossen zu handeln, um diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu beenden.

Uiguren, Kasachen und andere vornehmlich muslimische ethnische Minderheiten in der Uigurischen Autonomen Region Xinjiang in China werden systematisch und massenhaft inhaftiert, gefoltert und verfolgt. Dieses Vorgehen der chinesischen Regierung kommt Verbrechen gegen die Menschlichkeit gleich. Dies stellt Amnesty International in einem neuen Bericht fest.

Der 160-seitige Bericht mit dem Titel „‘Like We Were Enemies in a War’: China’s Mass Internment, Torture, and Persecution of Muslims in Xinjiang“ enthält Dutzende Zeugenaussagen von ehemaligen Inhaftierten. Sie beschreiben, wie die chinesischen Behörden versuchen, die religiösen Traditionen, kulturellen Praktiken und lokalen Sprachen der muslimischen ethnischen Gruppen in der Region zu eliminieren.

President Xi Jinping

Zhongnanhai, Xichangan'jie Xichengqu

Beijing Shi 100017

CHINA

PETITION

## CLOSE SECRET 'RE-EDUCATION' CAMPS FOR ETHNIC MINORITIES IN THE XUAR

Dear President Xi,

I am writing to voice my concerns about reports of human rights violations in the Xinjiang Uighur Autonomous Region (XUAR) and call on your government to take urgent and effective measures to protect Uighurs, Kazakhs and other predominantly Muslim people in the XUAR from being arbitrarily detained in „transformation-through-education“ facilities in the name of „de-extremification“ .

Amnesty International has spoken with more than 100 people across the world who report losing touch with relatives and friends inside the XUAR and fear that they have been detained in such facilities. There are credible reports that these facilities are being used to force people to repudiate their religious beliefs and aspects of their cultural identity and prove their unqualified political loyalty for the State and the Communist Party of China. The secretive and undocumented nature of the way people are going missing there makes it nearly impossible to trace or confirm the whereabouts of any particular individual. The authorities justify the extreme measures as necessary for counter-terrorism purposes and to ensure national security. However, measures in fulfilment of a country's responsibility to protect its citizens from attacks must be necessary and proportionate and as narrow and targeted as possible to address a specific threat.

**I am writing to urge you** to provide credible answers about what is happening in the XUAR. In accordance with China's obligations under international law, you should end all arbitrary detention and immediately release all persons who are being held in „de-extremification“, „transformation-through-education“ or other facilities in the XUAR unless they have been charged with an internationally recognized offence.

Name, Vorname	Anschrift	Unterschrift
Name, Vorname	Anschrift	Unterschrift
Name, Vorname	Anschrift	Unterschrift
Name, Vorname	Anschrift	Unterschrift
Name, Vorname	Anschrift	Unterschrift
Name, Vorname	Anschrift	Unterschrift
Name, Vorname	Anschrift	Unterschrift
Name, Vorname	Anschrift	Unterschrift

**Die Adressen werden nur im Sinne der Petition genutzt und nicht an Dritte weitergegeben. Bitte senden Sie diese Petitionsliste direkt an den Adressaten (siehe Adresse oben).**

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.  
Themenkoordinationsgruppe Religion und Menschenrechte  
c/o Gerold Siemer, Kapitän-Sassen-Sir. 7, 26871 Papenburg  
E: kontakt@amnesty-religion.de . W: amnesty-religion.de



Der Amnesty-Bericht dokumentiert, dass in Xinjiang seit Anfang 2017 Hunderttausende – möglicherweise sogar mehr als eine Million – Angehörige ethnischer Minderheiten in Internierungslagern sowie weitere hunderttausende Menschen in regulären Gefängnissen inhaftiert wurden. Amnesty International hat mit mehr als 50 ehemaligen Inhaftierten gesprochen. Sie gaben an, wegen Handlungen festgenommen worden zu sein, die in China völlig legal sind – zum Beispiel wegen Besitzes eines religiösen Bildes oder Kommunikation mit einer Person im Ausland. Die meisten von Amnesty International interviewten Überlebenden wurden zunächst auf Polizeiwachen verhört, wo man ihre biometrischen und medizinischen Daten aufnahm, bevor sie in ein Lager verlegt wurden. Häufig mussten sie zum Verhör auf sogenannten „Tigerstühlen“ sitzen, Stahlstühlen mit Hand- und Fußfesseln, die für schmerzhafte Körperhaltungen sorgen. In den Polizeistationen wurden die Inhaftierten geschlagen, in enge Zellen gepfercht und mit Schlafentzug gefoltert. Einige gaben an, man habe ihnen während der Vernehmung und Verlegung eine Kapuze über den Kopf gezogen.

Alle ehemaligen Inhaftierten, mit denen Amnesty International gesprochen hat, berichteten über Folter und andere Misshandlungen. Sie erlitten nicht nur körperliche Folter in Form von Schlägen, Elektroschocks, Einzelhaft, Fesselung sowie Wärme-, Nahrungs-, Wasser- und Schlafentzug, sondern litten überdies an den psychischen Folgen dieser entwürdigenden Praktiken. Einige gaben an, 24 Stunden oder länger an einen Tigerstuhl gefesselt gewesen zu sein.

Ehemalige Inhaftierte werden zudem stark in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. In den Straßen patrouilliert eine sehr hohe Zahl von Sicherheitskräften und es gibt tausende Kontrollpunkte, die euphemistisch als „zweckmäßige Polizeiwachen“ bezeichnet werden.

## BGH BESTÄTIGT URTEILE ZU ILLEGALEN WAFFENEXPORTEN

Mit der weitgehenden Bestätigung der Urteile von Vorinstanzen hat der Bundesgerichtshof (BGH) ein deutliches Zeichen gegen illegale Rüstungsexporte gesetzt. Im ersten Fall lieferte Heckler & Koch Tausende Schnellfeuerwaffen des Typs G36 mit Genehmigung der Bundesregierung an eine Beschaffungsstelle in Mexiko. Davon wurden mehr als 4.000 illegal in vier Bundesstaaten weitergeliefert, die nicht in den von der Beschaffungsstelle ausgestellten Endverbleibserklärungen auftauchten. Das Landgericht Stuttgart verurteilte daher zwei ehemalige Mitarbeiter von Heckler & Koch wegen bandenmäßiger Ausfuhr von Gütern aufgrund erschlichener Genehmigung zu Bewährungsstrafen, die Verkaufserlöse sollen eingezogen werden. Im zweiten Fall vor dem Landgericht Kiel ging es um Exporte Zehntausender Pistolen von SIG Sauer aus Deutschland an die US-amerikanische SIG Sauer Inc., die die meisten davon dann illegal nach Kolumbien weitervertrieb, obwohl sie erklärt hatte, der Endverbleib sei in den USA. Auch hier wurden Freiheitsstrafen verhängt und Erlöse aus den illegalen Geschäften eingezogen.

In beiden Fällen, die nur dank der Hartnäckigkeit von Aktivisten zur Anzeige gebracht wurden, bestätigte der BGH die Urteile weitgehend. Allerdings zeigen die Fälle Lücken der deutschen Exportkontrolle: Risiken für Menschenrechte scheinen unwichtig, sonst hätten die deutschen Behörden Exporte von G36 nach Mexiko angesichts der dortigen Menschenrechtsverletzungen nicht erlaubt. Und Endverbleibserklärungen sind wertlos, wenn der Endverbleib nicht kontrolliert wird. Amnesty fordert daher weiter ein einheitliches Rüstungsexportkontrollgesetz mit verbindlichen Menschenrechtsklauseln und einer umfassenden Pflicht zur Endverbleibskontrolle.

**USA** Am 2. Juli haben die Einwanderungsbehörden Maura freigelassen. Die Transfrau lebte seit Jahren in den USA, nachdem sie in Mexiko transfeindliche Gewalt erlitten hatte. Nach einem Rechtsverstoß nahmen die Behörden sie in Einweisungshaft und drohten ihr mit Abschiebung. Maura verbrachte mehr als zwei Jahre in einer kalifornischen Haftanstalt. Dort war sie Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt und erhielt keine angemessene medizinische Versorgung. Amnesty International setzte sich gemeinsam mit anderen Organisationen für Maura ein und appellierte an die Behörden, sie freizulassen. In den USA befinden sich allerdings weitere Transpersonen in Einweisungshaft und erfahren dort eine unmenschliche Behandlung.

**VENEZUELA** Vannesa Rosales ist wieder frei. Die Lehrerin und Aktivistin war drei Monate im Gefängnis und stand danach sechs Monate unter Hausarrest. Sie wurde strafrechtlich verfolgt, weil sie sich für sexuelle und reproduktive Rechte von Frauen und Mädchen eingesetzt hatte. Bei einer Anhörung am 21. Juli wies das Gericht die Klage gegen Rosales ab und stellte das Verfahren gegen sie ein. Rosales war im Oktober 2020 festgenommen und später unter anderem wegen Anstiftung zur Abtreibung angeklagt worden, weil sie einer vergewaltigten 13-Jährigen Informationen zum Schwangerschaftsabbruch zur Verfügung gestellt und sie auf Wunsch der Mutter unterstützt hatte. Eine Woche, nachdem Amnesty in einer Eilaktion die Einstellung des Verfahrens gefordert hatte, kam Rosales frei.

**SIERRA LEONE** Das Parlament von Sierra Leone hat am 23. Juli einstimmig die Abschaffung der Todesstrafe beschlossen. Kurz danach unterzeichnete Staatspräsident Julius Maada Bio das Gesetz. In Sierra Leone saßen Ende 2020 noch 94 Menschen in Todeszellen. »Das Votum (...) ist ein großer Sieg für alle, die sich unermüdlich dafür eingesetzt haben, dass diese grausame Strafe der Geschichte angehört«, sagte Samira Daoud, Amnesty-Direktorin für West- und Zentralafrika.

**NIGERIA** Am 3. August ließen die Behörden die Aktivisten Larry Emmanuel, Anene Victor Udoka, Samuel Gabriel, Henry Nwodo und Ben Mannaseh frei, nachdem sie sich 29 Tage in Gewahrsam des Staatssicherheitsdienstes befunden hatten. Die fünf Männer hatten am 4. Juli an einem Gottesdienst im Dunamis International Gospel Center teilgenommen, als Sicherheitspersonal sie festnahm, weil sie T-Shirts mit der Aufschrift »#BuhariMustGo« trugen und damit offene Kritik an Präsident Muhammadu Buhari übten. Am 29. Juli wurden die Aktivisten, auch bekannt als »Dunamis5«, vor Gericht beschuldigt, den öffentlichen Frieden gestört zu haben. Im Falle einer Verurteilung drohen ihnen mindestens drei Jahre Gefängnis. Amnesty International betrachtet die Anklage als konstruiert und fordert, sie fallen zu lassen.

**TÜRKEI** Ein Gericht in der Hauptstadt Ankara hat im Oktober 18 Studierende und ein Mitglied des Lehrpersonals freigesprochen. Sie standen unter Anklage, weil sie im Mai 2019 als LGBTI-Solidaritätsgruppe der Middle East Technical University (METU) an einer Pride-Parade auf dem Campus ihrer Universität teilgenommen hatten. Die Polizei hatte darauf mit Pfefferspray, Gummigeschossen und Tränengas reagiert. 23 Studierende und ein Mitglied des Lehrpersonals wurden festgenommen, gegen 19 Personen wurde Anklage erhoben. Nun aber folgte der Freispruch. »Das Urteil ist ein Sieg für die Gerechtigkeit, das langwierige Verfahren hätte jedoch niemals stattfinden dürfen«, sagte Massimo Moratti, stellvertretender Europa-Direktor von Amnesty International.

**ÄGYPTEN** Zwei Menschenrechtsverteidigerinnen wurden aus der Haft entlassen. Am 17. Juli kam die Journalistin Esraa Abdelfattah vorläufig frei, nachdem sie 21 Monate in Untersuchungshaft war. Am 18. Juli wurde die Anwältin Mahienour el-Masry nach 22 Monaten Haft vorläufig freigelassen. Gegen sie wird unter anderem wegen »Beteiligung an terroristischen Straftaten« ermittelt. El-Masry hat mehrere Menschenrechtspreise erhalten.



# FIFA-FUSSBALL-WM 2022: ZEIT FÜR GERECHTE ARBEITSBEDINGUNGEN IN KATAR

**Arbeitsmigrant\_innen ermöglichen Katar den Traum von der Fussball-Weltmeisterschaft 2022 im eigenen Land.** Doch 10 Jahre nachdem Katar von der FIFA den Zuschlag für die Organisation des Turniers erhalten hat, werden Tausende von Arbeitnehmer\_innen nach wie vor von skrupellosen Arbeitgeber\_innen ausgebeutet.

Millionen von Männern und Frauen aus Asien und Afrika sind, auf der Suche nach einer besseren Zukunft, nach Katar gekommen. Oft haben sie den Stellenvermittlungen exorbitante Vermittlungsgebühren bezahlt, bevor sie ins Ausland gereist sind, um fernab der Heimat den Unterhalt ihrer Familie zu sichern. In Katar bauen diese Arbeitsmigrant\_innen, die ca. 95 % der Arbeitnehmer\_innen im Land ausmachen, die Stadien für die Weltmeisterschaft, Straßen, die U-Bahn.

Hat das Turnier einmal begonnen, werden sie sich in den Hotels um die Spieler und Fans kümmern, sie werden sie in Restaurants bedienen und ihnen als Fahrer zur Verfügung stehen. Sie werden für die Sicherheit an den Austragungsstätten sorgen. Wer Katar besucht, wird auf Schritt und Tritt von den Arbeitsmigrant\_innen betreut werden.



WM-Baustelle in Katar © Amnesty International

**Doch während die FIFA mit der Weltmeisterschaft bald riesige Profite erzielt, nimmt das Leiden der Arbeitsmigrant\_innen, die das Turnier erst möglich machen, kein Ende.**

Die kürzlich in Katar eingeführten Reformen sind noch nicht richtig umgesetzt, so dass viele Unternehmen ihre Arbeitnehmer\_innen nach wie vor weder angemessen bezahlen noch fair behandeln. Arbeitgeber\_innen üben immer noch eine unzulässige Kontrolle über das Leben der Arbeitnehmer\_innen aus, halten die Maximalarbeitszeiten nicht ein und hindern sie an einem Jobwechsel. Für Arbeitsmigrant\_innen, die ausgebeutet werden, ist es schwierig, ihre Rechte einzufordern oder eine Entschädigung zu erhalten. Sie dürfen keinen Gewerkschaften beitreten und können so nicht gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen.

## KONTAKT

Wenn sie dieses Heft interessiert und Sie wissen möchten, wie Sie es beziehen können, gehen Sie auf die Seite

[www.amnesty-augsburg.de/mach-mit-heft](http://www.amnesty-augsburg.de/mach-mit-heft)

[www.amnesty-suedbaden.de/mach-mit-heft](http://www.amnesty-suedbaden.de/mach-mit-heft)



Dort erklären wir Ihnen, wie und wo Sie das Heft bekommen können. Außerdem finden Sie dort das aktuelle Heft zum Download. Wir würden uns freuen, Sie auf dieser Seite begrüßen zu dürfen.

**REDAKTION:** Amnesty International  
Bezirke Augsburg und Südbaden sowie das Regionalbüro Südwest

**DRUCK:** Hofmann Druck Nürnberg, Emmericher Straße 10,  
90411 Nürnberg

**AMNESTY INTERNATIONAL DEUTSCHLAND E. V.**  
Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin  
T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-488 . E: info@amnesty.de

SPENDENKONTO DE23 3702 0500 0008 0901 00  
Bank für Sozialwirtschaft . BFSWDE33XXX

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



### EXZELLENZ,

mit großer Sorge verfolge ich die Situation von Angehörigen mehrheitlich muslimischer Bevölkerungsgruppen in der Uigurischen Autonomen Region Xinjiang in China, die dort willkürlich festgehalten werden. Eine von ihnen ist Hayrigul Niyaz.

Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass Hayrigul Niyaz sowie alle anderen unrechtmäßig inhaftierten Personen freigelassen werden, es sei denn, es liegen ausreichende, glaubwürdige und zulässige Beweise vor, nach denen sie eine international anerkannte Straftat begangen haben. Internierungslager, in denen Menschen ohne einen international anerkannten Haftgrund festgehalten werden, müssen umgehend geschlossen werden.

Bitte setzen Sie sich auch dafür ein, dass der Aufenthaltsort aller vermissten und inhaftierten Personen bekanntgegeben wird und sie bis zu ihrer Freilassung regelmäßigen und uneingeschränkten Zugang zu ihren Familien sowie Rechtsbeiständen ihrer Wahl erhalten.

**Es muss sichergestellt werden, dass niemand gefoltert oder misshandelt wird.**

Mit freundlichen Grüßen

\_\_\_\_\_  
DATUM, UNTERSCHRIFT

\_\_\_\_\_  
NAME, VORNAME

\_\_\_\_\_  
LAND

### YOUR MAJESTY,

Please support the request for commutation of the death sentence imposed on Hoo Yew Wah.

Hoo Yew Wah was convicted of drug trafficking after he was found in possession of methamphetamine. He was presumed to be trafficking and was sentenced to the mandatory death penalty in 2011. He was just 20 years old at the time of his arrest; he is now 33 and repented his offence.

The mandatory death penalty, the imposition of the death penalty for drug-related offences, and the use of ill-treatment and coercion, are all violations of international law.

**I am now supporting Hoo Yew Wah's plea to be given a second chance. Please intervene with the Pardon Board of Johor state and support his pardon application, as well as the commutation of all death sentences in the country.**

Yours Sincerely,

\_\_\_\_\_  
DATUM, UNTERSCHRIFT

\_\_\_\_\_  
NAME, VORNAME

\_\_\_\_\_  
LAND

BITTE MIT  
**0,70 EURO**  
FREIMACHEN

© Amnesty International, Dezember 2021. Foto Vorderseite: Privat

Botschaft der Volksrepublik China  
S. E. Herrn Ken Wu  
Märkisches Ufer 54  
10179 Berlin

BITTE MIT  
**0,95 EURO**  
FREIMACHEN

© Amnesty International, Dezember 2021. Foto Vorderseite: Christine Hoo

Sultan Ibrahim Ibni Almarhum  
Sultan Iskandar  
Sultan Ibrahim Building  
Jalan Bukit Timbalan  
8000 Johor Baru, Malaysia



**FREIHEIT FÜR  
HAYRIGUL**

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



**HILFE FÜR  
HOO YEWAH**

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**

